

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Gbr. Kämpf, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Kellamezeile 1,50 M., für auswärtsige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben  
40 Gros. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 111

Dresden, Sonnabend den 15. Mai 1926

37. Jahrg.

## Der Mörder-Butsch

Was allein das Massenverhältnis scheidet Deutschlands  
in einzelne Gruppen. Es ist die härteste, durch-  
dringende Lathage auf sozialen Gebiet; seit hundert bis acht-  
zig Jahren, also hinweg über staatspolitische Handlungen  
welchen Stils, erhalten und befestigt, unentzerrbare Begleit-  
erscheinung der kapitalistischen Epoche, kann das Massenver-  
hältnis allein durch die tiefste Umgestaltung des sozialwirt-  
schaftlichen Aufbaues aufgehoben werden, den zu erzwingen  
die unterdrückte Klasse aufzuckt.

Unsere Zeit, die mit ebenso großer Geschwindigkeit wie  
schiefteil einzelne Jüge und Gebiete der sozialen und wirt-  
schaftlichen Ordnung gewandelt und umgestaltet hat, kennt  
keine Folge davon neben dem Massenverhältnis das „Zelten-  
verhältnis“ oder den „Geheimbund“. Was unter Heimerich  
Lorenz kaum denkbar ist, weil ihre Zahl nicht ausreicht,  
da neben den größeren Körpern der Durchschnittenen auch  
genügend Weiden und Mittel zu tatbereiten und hand-  
lungsfähigen Zellen bereitzustellen, und weil sie innerlich  
reiner und unauflösbarer verbunden sind, das erleben wir in  
Deutschland heute wieder am furchtbarsten Beispiel: daß eine  
Gruppe von Mörder und Verbrechern ohne Rücksicht auf  
einen größeren Teil des Volkes sich insgeheim zusammen-  
schließen, um das Staatswesen zu sprengen und sich in den Be-  
sitz der Macht zu setzen. Nicht ohne Grauen erfahren wir,  
daß eine solche Bande gerade in diesen Tagen wieder kurz  
vor dem Vollzuge stand, daß sie fertig und bereit war, ein  
Mordkomplott zu eröffnen, desgleichen Deutschland seit  
hundertjähriger Zeiten und länger nicht gesehen hat. Die  
öffentliche Polizei veröffentlicht Dokumente über die Pläne  
einer terroristischen Kutschgruppe, die man nur mit  
Angst und Entsetzen lesen kann. Nicht allein, daß da mit  
Wort die Verfassung von Weimar zertrümmert werden sollte  
— das ist der heilige Wunsch auch ganz anderer Leute als nur  
der „Butschisten“! — nicht nur, daß eine neue Regierung ein-  
gesetzt und der Reichspräsident hinweggeführt werden sollte,  
diese Leute gehen in maßlosem Wahnsinn gleich um  
Kontende von Schritten weiter. Alle Völkerverfassungen,  
die Parlamente, alle Gemeindevorstellungen sollten aufgelöst,  
die Parteien, politischen Vereine, Gewerkschaften zertrümmert  
werden. Gesetzgebung und Verwaltung, Regelung und Exe-  
kution des öffentlichen Lebens wäre allein der diktatorischen  
Gewalt zugehört. Ein nie dagewesenes persönliches Regi-  
ment: ein Reichsverweser, der Landesverweser ernannt, von  
dem wieder die Gemeindevorweiser ernannt werden — diese  
Tuscheleiter unkontrollierter, juristisch herrschender Streber  
und Streberfreudigen war in Aussicht genommen. Am Ver-  
hältnis oder zu dem maßlosen Wahnsinn des Organisations-  
planes steht die Drohung, mit der er durchgesetzt werden sollte.  
Stellen Rutes wird die Todesstrafe ausgesprochen, von  
„Standgerichten“ zu verhängen, durch geringe Vergehen  
bereits bewirkt. Todeswürdig sollten sein: die Teilnahme  
an einer der aufgelösten parlamentarischen, kommunalen, ge-  
werkschaftlichen Körperschaften, Amtsdienstverweigerung,  
Streik, Vermögensveräußerung, Waffenbesitz, Diebstahl,  
Ehrendiebstahl, Unterschlagung, Unternehmungen gegen die  
„Verweiser“ Verbanen und ihre Regierung, welche besonderen  
Belüste und Verbrechensgeheimnisse die Butschgruppe an-  
zweifelhaft, zeigen die Bestimmungen: daß alle Angehörigen  
des jüdischen Volkstums“ in Sammellager übergeführt  
werden sollten ohne Möglichkeit eines Verkehrs mit der  
übrigen Bevölkerung — Todesstrafe für Widerstand, Flucht,  
Beihilfe dazu (1) und mündlicher oder schriftlicher Verkehr  
mit den Internierten (1) — Verhaftung und Verhaftung, Ein-  
schränkung der Reichsstadt (Verweigerung des Rechtsabzuges;  
Todesstrafe auf „Hilfsleistung“). Blickt zum Waffengebrauch  
für alle Sicherheitsorgane.

Das ist nur ein Teil des Butschplans. Ähnliche und  
verbrecherische Bestimmungen kleineren Formals sind noch  
ausgedehnter darin enthalten. Was das bedeuten würde, ist  
nicht leicht zu erraten. Voll durchgeführt: eine Mord-  
und Verbrechensorganisation, gegen welche die Parthenomacht  
ein Mordkomplott gewesen wäre! Die Zahl derjenigen, welche  
unter einer solchen „Verfassung“ ihr Leben verwickelt hätten,  
wäre binnen einer Woche Million. Mit dem Ende des Rechts-  
geheimnisses würde alsbald der private Mordmord wahre Orgien  
erzeugen. Infolgedessen, wie sie nach dem Dutzendjährigen Krieg in  
Deutschland herrschten, würden in wenigen Wochen wieder-  
erzählt. Aber noch bevor dies alles in voller Auswirkung  
einträte, würde der reguläre Bürgerkrieg in allen Gegenden,  
Sachsen ausgenommen, einsetzen. Der Ausgang eines solchen  
Abenteuers, wenn es niedergeworfen wäre, müßte derselbe  
sein, wie der eines blutigen Strieges, wenn es erfolgreich  
wäre, derselbe wie der einer Sanktion.

Die Volkzeit hat kurz vor dem Vollzuge alles aufge-  
deckt. Die Öffentlichkeit — während der Oberstaatsanwalt davon  
weiß, daß ihm „vorgegriffen“ worden sei — lieberhofft wird  
hangehen, unerschrocken verhaftet. Ein Verbrecher tritt aus  
Nacht, deren Unaufrichtigkeit selbst im Rande des Stump-  
faches, verhaßten; in und gegenwärtig nur mit dem Auf-  
bruch und Tod in Folge eines Verfalls dündet. Man  
kann nicht mehr zweifeln, daß es ernst gemeint war.  
Aber freilich je früher man in diese Pläne eindringt, mit  
je durchdringender wird eine: niemals hätte sich dies alles

blangemäß begehen können. Neben dem tödlichen Ernst dar-  
über, daß menschliche Geschöpfe, die noch nicht im Irrenhaus  
stecken, derartigen Verbrechen an einem großen, an ihrem  
eigenen Volk nachhängen konnten, ergreift einen fast ein  
fardonisches Lächeln. Denn an diesem Zukunftspunkt hat  
neben dem wütenden Lohman ein Maß von Mordlust,  
Hochmut, eitlem Selbstgefälligkeit und dummlischer Lebens-  
fremdheit mitgewirkt, das seine Verfasser zu politischen  
dummen Jungen stampelt. Wir sagten, was der Plan bei  
voller Durchführung bewirken würde, und das ist genau  
genau. Aber eben diese „volle Durchführung“ brachte dann  
ein Napoleon mit einem großen Soere zuwege, geschweige  
denn ein Hause romantisch-literarischer Kujone vom Schlage  
des Verfassers dieser „Not-Verfassung“. Von Schandromanen  
belästigt und verwirrt, hinterlistig jugendlichen Alters  
müßte man vermuten, wenn man nicht wüßte, daß leibhaftige  
Christen, Geheimräte und Generale hinter diesem blutrün-  
stigen Gemengel von mittelalterlicher Lebensauffassung und  
Gewehrholbenweisheit ständen. Was übrigbleibt, ist neben  
dem Ekel über diesen Abhub das leidenschaftliche Mitleid  
mit einem Volk, welches solche fittlich und geistig Gebildene  
zu seinen „Führern“ rechnet. In der Tat, ein Berliner Blatt  
brachte Bildnisse der meißenananten von ihnen — — und  
beim ersten Blicke darauf rast ein jeder Menschheit ganzer  
Jammer an! Hier und hier blüht dies aus halb schlauen,  
halb atrophierten Gesichtern in die Welt, die solchen Gezücht  
nichts bedeutet als der Schandtag macht, und geldgierigen  
Überweises.

Dank gebührt — nun wievieltel Male! — der Zep-  
lingischen Regierung, daß sie rechtzeitig witterte und zwachte.  
Sie hat sich selber damit gerettet: denn sie war selbstveränd-  
lich als erstes Opfer anerselben — und zu den ersten Zuden-  
des Bürgerkrieges und Muttergieriges wäre es ja bei  
dem geplanten konzentrischen Marsch auf Berlin unzuwei-  
fentlich gekommen. Ebensoviel Dank aber wissen wir ihr dafür,  
daß sie die Butschpläne in vollem Umfang veröffent-  
licht hat. Nur dadurch kann dem Volk der Sinn aufgeboh-  
dirt, wo und wie wir eigentlich leben. Neben dem Klassen-  
kampf, der uns als tägliches Schicksal bestimmt ist, durch-  
wühlt unser Volk der geheime, schwellende Bürgerkrieg der  
Zeltierer und Platanen. Was seine staatspolitische Ge-  
fährlichkeit nicht so groß wie die der Diktatur seiner  
rührigsten Erreger, als ein volkstümliches Renetzel ist er ein-  
zuwickeln! Denn was beweist er? Das langsame Verkommen  
der Bourgeoisie, in deren Reihen diese Bestieime gedeihen.  
„Verweiser“ wollten diese Butschisten werden — Verweiser  
ist ihr Zeichen! In ihnen geht die Bürgerlichkeit sichtbar zu-  
grunde und reißt nicht nur der Zerlegung ihres Wohlstandes,  
sondern auch der Zerlegung ihrer Gehirne und Gelinnung

entgegen, die Schicht derjenigen, die über ein Jahrhundert  
hin Deutschlands erster, führend-tragender Stand gewesen sind.  
Mancher wird fragen, was nun geschehen möchte. Ob man  
die Kraft hoben wird, die Beteiligten in Wirklichkeit zu dem  
zu machen, was sie ihrem sozialen Wert nach sind, zu Zucht-  
häusern. Es wäre ein Wunder, wenn das geschähe — es ist  
kein Wunder, daß ein gefränkter Staatsanwalt jetzt schon  
abwinnt. Denn auch die Justiz muß verkommen und zu einer  
gefängnislosen Madenchaft herabsinken, wenn der Stand,  
der sie in der Hand hat, so deutlich der Zerlegung anheim-  
fällt. Es gibt nur eine Rettung des Volkes vor tödlichem  
Niedergang: daß das arbeitende Volk, unberührt wie es noch  
ist von der Verwesung, seine Kräfte mehr und mehr zusam-  
menrafft, zusammenhält, zusammenreißt und einer Schicht  
die Macht entringt, die in ohnmächtigem Tollrausch Ansehen  
ihres Endes so deutlich aufweist. Dazu die gesamte Arbeiter-  
schaft abermals angepornt zu haben, wird vielleicht und sollte  
sicherlich die einzige erste politische Wirkung des verhinderten  
Mörderputsches sein.

### Wikingbund — Brigade Ehrhardt

D. Berlin, 15. Mai.

Die preussische Regierung, gegen die es Proteste und  
Beschwerden in jeder Form von den in ihrem Treiben allzu  
schon gestörten Rechtspolitischen regnet, sieht sich veranlaßt, ihre  
Begründung für das Verbot des Wikingbundes durch folgende  
Geäußerungen zu ergänzen:

„Der im Vereinsregister des Amtsgerichts München ein-  
getragene Verein „Wiking“ ist eine Verbindung, die, nach  
§ 2 ihrer Statuten, angeblich nur die Erneuerung Deutschlands  
auf nationaler und völkischer Grundlage erstrebt. Aus zahl-  
reichen hier vorliegenden Urkunden, Verträgen und Anmerkungen  
über Ausbildungen, Märche und Sagen, über Th-  
setzungen, Stammtafeln und ähnliches folgt indessen, daß  
der „Wiking“ ein militärisch organisierter und  
militärisch durchgebildeter Kampfbund ist.  
Seine Mitglieder besitzen Waffen. Ein Mitglied  
hat der Bund, der eine Fortsetzung der Marine-  
brigade Ehrhardt ist und bereits im Februar 1924 zur Zeit  
des militärischen Ausnahmezustandes vom Militärbefehlshaber  
aufgelöst war, eine enge Arbeitsgemeinschaft mit dem Verein  
„Olympia, Deutscher Verein für Weidensport, e. V.“ ge-  
schlossen, bei dessen Führer jetzt ein militärischer Auf-  
marschplan für verschiedene geheime Wehrorgan-  
isationen gegen die Reichshauptstadt befolgsam  
worden ist. Mit dergleichen Plänen stimmt es überein, wenn der  
„Wikingbund“ es als sein Ziel erklärt, „bereits durch seine Mit-  
glieder als gute Soldaten seinem Führer die Möglichkeit zur  
Durchführung seiner Ideen zu geben“. Welche Art diese Ideen  
sind, ergibt sich daraus, daß der Bund selbst sich als „mon-

## Auf der Kanzlersuche

Gesler bemüht sich weiter

Abenauer und Kütz als Kanzlerkandidaten

D. Berlin, 15. Mai.

Die Lösung der Regierungskrise hat gestern keine Fort-  
schritte gemacht. Der zwar nicht offiziell, aber offiziell mit  
einem Verbot zur Regierungsbildung beauftragte  
Reichswehrminister mußte sich davon überzeugen,  
daß er die Aufgabe nicht bewältigen könne. Wie die Sozial-  
demokratie, lehnte ihn auch das Zentrum als Kanzler ab.  
Dr. Gesler begab sich daraufhin zum Reichspräsidenten,  
um ihn entsprechend zu informieren. Er will sich trotzdem  
weiter um die Klärung der Lage bemühen und hofft, dem  
Reichspräsidenten noch heute einen positiven Vorschlag unter-  
breiten zu können. Diese abwartende Haltung des Reichs-  
wehrministers ist auf die Berufung des Kölner Ober-  
bürgermeisters nach Berlin zurückzuführen. Wieder-  
holt ist Abenauer schon bei Ministertreffen als Reichs-  
kanzler genannt und ernsthaft mit ihm zum Zwecke der  
Übernahme dieses Amtes verhandelt worden. Seine jetzige  
Berufung ist auf das Zentrum zurückzuführen, das ernst-  
haft bemüht ist, von sich aus den Reichskanzler für das neue  
Kabinett zu stellen, ohne daß an der bisherigen Basis irgend  
etwas geändert wird.

Der Kölner Oberbürgermeister traf gestern Abend um  
10 Uhr in Berlin ein und wurde hier von einer Abord-  
nung des Zentrums empfangen, die von der Fraktion  
den Auftrag hatte, Abenauer um die Übernahme der Reichs-  
kanzlerschaft zu bitten. Es ist vorläufig noch ungewiß, ob Dr.  
Abenauer das ihm angetragene Amt annimmt, und der  
Reichswehrminister in der Lage ist, dem Reichspräsidenten  
den Kölner Oberbürgermeister als aussichtsreichsten Kan-  
didaten für die Kabinettbildung in Vorschlag zu bringen. Auch  
in diesem Falle sind nicht alle Schwierigkeiten über-  
wunden, da sich sowohl in der Volkspartei, als auch bei  
den Demokraten gewisse Bedenken gegen die Nennung  
des neuen Kandidaten durch eine nicht dem Reichstag angehö-  
rende Persönlichkeit geltend machen. Falls Abenauer, in  
Anbetracht dieser Schwierigkeiten, die Reichskanzlerschaft nicht  
annehmen sollte, ist geplant, den Reichskanzler aus den

Reihen der bisherigen Kabinettsmitglieder  
zu nehmen. Man denkt hier u. a. an den Reichsminister des  
Innern, Dr. Kütz, und den Reichsaussenminister,  
der sich vorläufig aber noch entschieden gegen das Kanzleramt  
sträubt.

Eine gewisse Klärung hat die politische Lage nach dem  
Sturz Luthers infolgedessen erfahren, als der im Augenblick wenig  
aussichtreiche Gedanke zur Bildung der Großen oder der  
Weimarer Koalition aufgegeben ist. Es scheint sicher,  
daß die neue Regierung als Übergangskabinett  
sich zeitlos aus den bisherigen Ministern bestehen und nur die  
Führung in andere Hände gelegt wird. Die Frage bleibt vor-  
läufig: Wer ist der neue Mann?

### Die drei großen Fragen der Volkspartei

D. Berlin, 15. Mai.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei  
besaß sich am Freitag Abend, nach der Plenar-  
sitzung, mit der politischen Lage. Der Vorsitzende, Abg.  
Scholz, erstattete einen Bericht über die bisherigen Ver-  
handlungen zur Regierungsbildung, bei denen angeblich die  
drei großen Fragen der Frageverordnung, der  
Früherabfindung und des Aufwertungs-  
gesetzes eine Rolle spielten. Als Ergebnis der Fraktions-  
sitzung verlautet, daß die Volkspartei an ein weiteres Zu-  
sammenarbeiten mit den Demokraten nur dann denkt,  
wenn die demokratische Fraktion die Frageverord-  
nung anerkennen würde.

Die Meldung, daß die Zentrumskraktion, im Hause  
einer Ablehnung Dr. Abenauers, den Landeshauptmann  
der Rheinprovinz, Dr. Horion für die Reichskanzlerschaft  
in Vorschlag bringen will, bestätigt sich vorläufig nicht. Die  
Zentrumskraktion hat sich am Freitag nach der Plenarsitzung  
mit der Regierungskrise beschäftigt, ohne daß der Name Horion  
im Verlauf der Debatte als Reichskanzlerkandidat gefallen  
wäre.